

Demokratischer Wandel ohne Wahlen?

Epochenwenden und ihre Deutung:
die **Tschechoslowakische Republik** im Jahr 1918

Von **Johannes Gleixner**





Eine Demonstration auf dem Weißen Berg in Prag fordert kurz nach der Errichtung der Tschechoslowakei die „sozialistische Nation“. Sozialrevolutionäre Forderungen und tschechisches nationales Bewusstsein werden an einem historischen Ort verbunden.

Unter all den möglichen Epochenschwellen ist der Herbst 1918 vermutlich die am wenigsten umstrittene. Das wird insbesondere in Ostmitteleuropa deutlich, wo die jahrhundertalte Herrschaft der Habsburger zusammenbrach und mehrere neue Staatswesen entstanden. Sie orientierten sich zum Teil an historischen Grenzen, ihre Gestalt formte sich zum Teil aber erst während der letzten Kriegsmonate und der Neuordnung Europas unter Federführung der Siegermächte bis 1920.

Ein schweres Erbe

Das galt auch für die Tschechoslowakei. Das Selbstverständnis des neuen Staates war ein aufgeklärtes. Es richtete sich vor allem gegen das Ancien Régime Österreich-Ungarns, dessen autokratischer Fremdherrschaft es die Vision eines fortschrittlichen, demokratischen Gemeinwesens entgegenstellte. Die Republik trat ein schweres Erbe an: Was den einen als Höhepunkt der langen Entwicklung einer aufgeklärten Nation galt, sahen die anderen als Fremdherrschaft mit umgekehrten Vorzeichen. Neben dem deutsch-tschechischen

Nationalitätenkonflikt bestanden und verschärften sich Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Land, Arbeiterschaft und Bürgertum, Katholiken und Nichtkatholiken, Kirche und Staat, Industrie und Agrarwirtschaft. Auch der offizielle Tschechoslowakismus zeigte bald erste Risse. Außerdem inkorporierte der Staat verschiedene unterschiedliche politische und rechtliche Systeme. Ob die Tschechoslowakei diese Schwierigkeiten erfolgreich meistern konnte, ließ sich 1918 jedenfalls nicht bewerten. Allerdings setzten spätere Deutungen oft diese Umbruchszeit ins Zentrum.

Unordnung versus Verbindlichkeit

Das zeigt, warum offizielle Epochenwenden immer zu hinterfragen sind: Sie erhalten ihre Bedeutung(en) erst rückwirkend. In ihrer Gleichzeitigkeit und Offenheit schufen die revolutionären Ereignisse von 1917 bis 1919 gegenläufige Erzählungen, von denen sich langfristig manche durchsetzten und andere nicht. Auf dem Gebiet des verschwindenden Österreich-Ungarns waren Unruhen aufgrund der schlechten Lebensmittelversorgung an der Tagesordnung und

verbanden sich mit sozialrevolutionären Forderungen. Eine verbindliche öffentliche Ordnung bestand oft nur auf regionaler Ebene. Teile der Öffentlichkeit forderten Revolutionstribunale. Zudem machten sich Zehntausende bewaffnete Soldaten aus allen Teilen der Monarchie auf den Weg in ihre Heimatregionen.

Dieser Unordnung stellt die historische Beschreibung großer Wendejahre fast naturgegeben die Verlautbarungen der politischen Elite entgegen, die Verbindlichkeit und Eindeutigkeit vermitteln. Das ist auch dem Blick aus dem Zentrum geschuldet. In der Tat wird – bis heute – als Gründungstag der Tschechoslowakischen Republik der 28. Oktober 1918 feierlich begangen: Damals hatte in Prag der zuvor entstandene Tschechische (später: Tschechoslowakische) Nationalausschuss in einem revolutionären Verwaltungsakt das Ende der Monarchie verkündet und die Republik ausgerufen. Unter der Bedingung, dass Recht und Ordnung aufrechterhalten werden müssten, kooperierten der österreichische Statthalter und das Militär. Der Machtwechsel ging vergleichsweise geräuschlos vonstatten. Bei genauer Betrachtung stellte sich der Erfolg dieses Wendetages jedoch erst durch die Kooperation der Behörden und die Handlungsfähigkeit der revolutionären tschechischen Elite in der Folgezeit ein. Denn das Ende der Monarchie war zuvor schon mehrfach verkündet worden, etwa in den deutschsprachigen Grenzregionen, die auf einen Anschluss an das Deutsche Reich hofften. Ebenso hatten zwei Wochen vor dem Umsturz Massenstreiks der Sozialisten die Öffentlichkeit erschüttert. Bereits hier waren an vielen Orten die Herrschaftssymbole der alten Macht heruntergerissen und die Republik ausgerufen worden. Allerdings entstand hier wie dort kein dauerhafter Anspruch auf eine revolutionäre Ordnung. Die österreichischen Behörden hofften wiederum sogar kurzzeitig auf die Mitwirkung des Nationalausschusses bei der zum Scheitern verurteilten Föderalisierung der Monarchie.

Quadratur des Kreises

In dieser Situation versuchte sich die tschechische politische Elite an der Quadratur des Kreises: Sie war zugleich revolutionär wie auch Sinnbild einer kontinuierlichen parlamentarischen Legitimität der Vorkriegszeit. Bezeichnenderweise waren es die im Jahr 1911 nach gleichem Männerwahlrecht gewählten Abgeordneten des Wiener Reichsrates und nicht die gemäß dem Zensus gewählten Angehörigen der böhmischen und mährischen Landtage, die sich als Vertreter des Volkswillens sahen und nach entsprechendem Schlüssel Abgeordnete in der revolutionären Nationalversammlung stellten, zu der sich der Ausschuss bald erweiterte.

Die Autorität der Nationalversammlung ruhte damit nicht nur auf einem unscharfen und wechselhaften revolutionären Volkswillen, sondern auch auf der parlamentarischen Tradition Cisleithaniens. Diese Zusammensetzung akzeptierten auch die sozialistischen

Parteien, die davon ausgehen konnten, unter den Nachkriegsbedingungen einen deutlich größeren Teil der Bevölkerung hinter sich zu bringen. Die junge Tschechoslowakei entging damit nicht nur der Doppelherrschaft von Rätebewegung und Parlament, sondern hielt eine – wenn auch brüchige – Einheit zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlichen Parteien. Dabei spielte das Gespenst des Bolschewismus eine ebenso wichtige Rolle wie die Tatsache, dass schon vor dem Krieg die Vorstellung eines eigenständigen „tschechischen“ Sozialismus entstanden war. Sowohl das bürgerliche als auch das sozialistische Lager entgingen damit dem doppelten Trauma von kommunistischem Umsturz auf der einen und verräterischer Revolution auf der anderen Seite, das die Auseinandersetzung im restlichen Europa so sehr bestimmte.

Revolutionäre Gewalt

Insbesondere in der ersten Jahreshälfte 1919 herrschte trotzdem an vielen Orten revolutionäre Gewalt. Ihr Auslöser war oft der symbolische Abriss der alten Ordnung: In den deutschsprachigen Gebieten kam es zu Unruhen, als Standbilder Kaiser Josephs II. entfernt wurden, den die dortige Bevölkerung verehrte, der den Tschechen aber als Germanisierer galt, dessen Werk jetzt symbolisch ein Ende gesetzt wurde. Ungleich schärfer fiel die Gewalt in der Slowakei aus, als tschechische Soldaten die Gebiete der sich zurückziehenden Armee der ungarischen Räterepublik besetzten. Gleichfalls symbolisch hielten sie Tribunale über Priester ab und stürzten Heiligenstatuen, in denen sie Sinnbilder des alten Österreichs erblickten. Verbittert stellte ein katholischer Politiker fest, dass die kurze Zeit unter Prager Herrschaft jetzt schon schlimmer sei als die tausend Jahre unter Ungarn, obwohl die Bevölkerung das Ende des Kriegs und den neuen Staat ursprünglich begeistert begrüßt hatte. Die Anführer der Russinen in der Karpato-Ukraine beschwerten sich hingegen über die vermeintlich koloniale Attitüde der anfangs rein tschechischen Verwaltung.

Stabilität im Umbruch

In der Tat war die Herrschaft Prags in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht durch Wahlen legitimiert und griff auf Vollmachten zurück, die sich die Nationalversammlung gegeben hatte. Dennoch zeichneten sich die tschechoslowakischen Verhältnisse im Vergleich mit den Nachbarstaaten durch Stabilität und geringe Gewalthandlungen aus, obwohl das Potential für Ausschreitungen vorhanden war.

Die zugleich neue und alte tschechische Elite bewies Handlungsfähigkeit und setzte frühzeitig die Geltung der bestehenden Gesetze und das Gewaltmonopol der Regierung durch. Darüber hinaus unternahm sie eine weitreichende Bodenreform, die ihr in den Augen der sozialistischen Bewegung Legitimität verlieh.

In den deutschsprachigen Gebieten kam es zu Unruhen, als Standbilder Kaiser Josephs II. entfernt wurden, den die dortige Bevölkerung verehrte.



Der Machtwechsel ging vergleichsweise geräuschlos vonstatten.

Ostmitteleuropa im Umbruch: Einige Grenzen sind 1918 noch nicht bestimmt und entstehen erst nach Volksabstimmungen oder militärischen Konflikten nach Kriegsende. Abgesehen vom polnischen Staatsgebiet sind auch die Grenze zwischen Österreich und Ungarn sowie diejenige der dann tschechoslowakischen Karpaten-Ukraine nicht festgelegt. In den Gebieten der späteren Sowjetunion herrscht Bürgerkrieg.

Schon im Februar 1919 führte die Tschechoslowakei außerdem eine neue Währung ein und vermied so die Inflationskrisen der Nachbarstaaten. Weitere angekündigte Umgestaltungen wie die Trennung von Kirche und Staat schob die Regierung in der Praxis zunächst auf.

Zum anderen bewies sie aller nationalistischen Rhetorik zum Trotz Selbstdisziplin bei der Ausübung ihrer Vollmachten. In der Gesamtschau der revolutionären Umbrüche des Jahres 1918 fällt am tschechoslowakischen Beispiel neben der erwähnten Stabilität vor allem der lange Aufschub einer demokratischen Bestätigung der neuen Ordnung auf. Parlamentswahlen fanden erst im April 1920 statt. Diese Tatsache stützt den Vorwurf eines tschechischen bzw. Prager Diktats über die anderen Landesteile durchaus. Sie übersieht aber, dass die nicht unmittelbar gewählte Regierung doch in der Lage war, auf revolutionäre Stimmungen zu reagieren. Im Juni 1919 fanden außerdem, wenn auch nur im tschechischen Landesteil, Gemeindevahlen statt, die einen Regierungswechsel auf gesamtstaatlicher Ebene zur Folge hatten. Damit blieb die neue Regierung ihrem Verständnis, wonach Demokratie etwas mit einem geistigen Neuanfang jedes Staatsbürgers zu tun habe, gewissermaßen treu. Und trotz der nationalstaatlichen Verfasstheit des neuen

Gemeindegewesens ließen die Herren in Prag erkennen, dass es vor allem die Gesinnung sei, die den Einzelnen zum Teil des Staates werden ließ. Auch wenn die Rückschau zunächst anderes nahelegt, war die große Wende des Jahres 1918 in der Folgezeit also weder abgeschlossen noch in ihrer Bedeutung unveränderlich festgelegt.

Dr. Johannes Gleixner

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Collegium Carolinum. Er wurde an der LMU München über „Menschenreligionen: T. G. Masaryk, A. V. Lunačarskij und die religiöse Herausforderung revolutionärer Staaten“ promoviert. Seine Arbeitsgebiete sind die Politik- und Religionsgeschichte Ost- und Ostmitteleuropas, die Geschichte der politischen Ideen Ost- und Ostmitteleuropas sowie des Sozialismus, zudem Digitale Geschichtswissenschaft. Seit 2017 leitet er die neue Außenstelle des Collegium Carolinum in Prag.
